

Auerthal-Zeitung.

Tageblatt für die Stadt Aue und Umgebung.

Billigste Tageszeitung im Erzgebirge.

Verantwortlicher Redakteur: Ernst Junke, Aue (Erzgebirge).
Redaktion u. Expedition: Aue, Marktstraße.

Inserate
Die einseitige Zeilzeile 10 Pf., sonstige
Inserate die Corpus-Beile 25 Pf., Restanten
pro Zeile 20 Pf. Bei 4 maliger Aufnahme
25% Rabatt. — Bei größeren Inseraten
u. mehrmaliger Aufnahme wird entsprechend
höherer Rabatt gewährt. Alle Postanstalten
und Handbriefträger nehmen Bestellungen an.

Nr. 82

Dienstag, den 20. Juni 1899.

12. Jahrgang.

Auerthal-Zeitung

erscheint

jetzt täglich,

kostet

pro Monat

nur 20 Pfennige.

Deutscher Reichstag

94. Sitzung vom 16. Juni, 1 Uhr.

Das Haus ist schwach besetzt.

L. D.: Erste (und ev. zweite) Beratung des Handelsprovisoriums mit England. — In der Generaldebatte befragt

Abg. Graf Kanitz (konf.) die Schwierigkeiten, welche durch das stets wachsende Bestreben der englischen Kolonien nach wirtschaftlicher und politischer Selbständigkeit dem deutschen Handel erwachsen. England sei beim besten Willen nicht mehr in der Lage, einen Einfluß auf die Zollpolitik seiner Kolonien auszuüben. Deutschland müsse daher seine Handelspolitik ebenfalls dahin einrichten, daß es die englischen Kolonien als selbständig behandelte und mit ihnen selbständige Verträge schließe. Die von der Regierung erbetene Vollmacht „bis auf weiteres“ würde vielleicht nicht bedenklich sein, wenn man nicht die Erfahrungen kenne, welche mit einer gleichartigen im vorigen Jahre erteilten Vollmacht in Belgien gemacht worden sei. Er empfehle Annahme der Vorlage mit der Aenderung, daß die Worte „bis auf weiteres“ ersetzt werden durch Einschaltung eines bestimmten Termins, und zwar des 1. Juli 1900.

Abg. Deinhardt (nl.) hält es für erforderlich, daß dem Bundesrate die erbetene Ermächtigung nicht erteilt werde „bis auf weiteres“, sondern nur auf eine kurz bemessene Zeit.

Abg. v. Kardorff (Sp.) stimmt dem durchaus zu. Abg. Rosfeld-Kaiserslautern (Vd. d. Landw.) tritt dafür ein, daß England mit seinen Kolonien als einheitliches Wirtschaftsgebiet behandelt werde. Staatssekretär Graf Posadowsky erwidert, es komme nur darauf an, welche Kreise man höre. Die Ansichten seien aber ganz verschieden. Die Darstellung des Vordrängers über das Verhältnis Englands zu seinen Kolonien sei vollständig irrig. Kanada habe seine eigene Zollwirtschaft und gewähre nur dem Mutterlande einen um 25 Proz. niedrigeren Zoll. Redner führt weiter aus, es werde zunächst wieder gegenüber Kanada von dem autonomen Tarif Gebrauch gemacht werden. Sollten andere englische Kolonien dem Beispiel Kanadas folgen, so werde Deutschland auch gegen sie den autonomen Tarif verwenden. Die deutsche Regierung wird England die Meistbegünstigung nur so lange einräumen, als durch die englische Zollpolitik, durch Zuschläge auf unsere Proventen, Deutschland kein Schaden geschehe.

Abg. Baasche (nl.) vermißt eine Auskunft darüber, weshalb ein Vertrag mit England noch nicht abgeschlossen werden könne.

Abg. Dahn (Vd. d. L.) entnimmt der Debatte, einen gewissen Ton des Mißbehagens über unsere Zollpolitik. Daß uns die englischen Kolonien so schlecht behandeln, habe seine Ursache nur darin, daß wir uns von den Vereinigten Staaten alles hätten gefallen lassen.

Abg. Broemel (fr. Sp.) entnimmt der Debatte, daß die Redner des Bundes der Landwirte heute selbst auf der rechten Seite nicht den erhofften Erfolg gefunden hätten. Den Vorschlag, die ver-

langte Vollmacht nicht „bis auf weiteres“ zu gewähren, sondern nur auf begrenzte Zeit, halte auch er für richtig.

Abg. Müller (nl.) befürwortet einen Doppeltarif, Minimal- mit Maximaltarif.

Hiermit schließt die 1. Lesung der Vorlage; die 2. Lesung wird für heute abgesetzt.

Die Verträge mit Uruguay und Brasilien werden in 1. und 2. Lesung genehmigt, ebenso die Vorlage, betr. die Rechtsverhältnisse der deutschen Schutzgebiete.

Nächste Sitzung morgen 1 Uhr. Zweite Lesung des Handelsprovisoriums mit England, 3. Lesung der Vorlagen in 2. Lesung erledigten Vorlagen. Wahlsprüfungen.

Schluß 4 1/4 Uhr.

Aus aller Welt.

* Staatssekretär von Bobbielski hat eine Verfügung erlassen, welche eine ganz neue Regelung der Arbeitszeit bestimmt. Danach soll das Arbeitsmaß ohne Rücksicht auf die Klasse der Berufsanstalt lediglich nach der Schwierigkeit des Dienstes festgesetzt werden. Betreffs des Sonntagsdienstes ist bestimmt worden, daß die Beamten jeden zweiten Sonntag einen ganzen oder zwei halbe freie Sonntage haben, mindestens aber jeden Sonntag ganz frei sind.

* Der Berliner Arbeitgebund nahm in einer gestern Mittag abgehaltenen Versammlung den Bericht der Aussperrungskommission entgegen. Der Vorsitzende, Baumeister Döbler, bezeichnete die augenblickliche Lage für die Unternehmer als günstig. Westphal-Stegly gab bekannt, daß die Absicht bestehe, die Aussperrung über ganz Deutschland zu erstrecken. — In einer Versammlung der ausgesperrten Maurer wurde bekannt gegeben, daß gegenwärtig etwa 5500 Maurer in Berlin und den Vororten sich im Auslande befinden, bezw. ausgesperrt sind. Ferner wurde beschlossen, den Maßnahmen der Arbeitnehmer ruhig entgegen zu sehen.

* Den Morgenblättern vom 17. Juni zufolge beträgt die Zahl der ausgesperrten Maurer 8000.

* Der über das ganze Reich verbreitete Deutsche Bauarbeitgebund tritt heute hier zusammen, um sich mit den hiesigen Bauarbeitgebern solidarisch zu erklären und zu verhindern, daß abreisende Maurer-gefallen anderswo unterkommen.

* Die Kdn. Volkszeitung meldet, daß das Kohlen Syndikat eine Erhöhung den Kohlenpreise anstrebt.

* Die Tschechisierung der Kempter in Böhmen geht mit Riesenschritten vorwärts. Trautena, Gablung, Friedland, Teschen-Bodenbach, Außig, Teplitz-Schönbach werden mit tschechischen Beamten geradezu überschwemmt. In West- und Südböhmen ist es nicht viel anders. Während am Pilsener Kreisgerichte, dessen Sprengel über 180,000 Deutsche angehören, von 39 Beamten nur ein einziger ein Deutscher ist, sind am Bezirksgericht im reindeutschen Saaz beide Adjunkten Tschechen. Ähnlich liegen die Verhältnisse in den Böhmerwaldstädten. In jüngster Zeit wurde auch zur Tschechisierung der sogenannten deutschen Abtheilung am Prager Oberlandesgericht geschritten, und der jüngste Erlaß Dr. Raizls beruft nicht weniger als 500 slavische Beamte nach Wien in die Departements des Finanzministeriums. Es sollen eben planmäßig die Deutschen aus dem Staatsdienste gedrängt werden, damit die Begriffe „Staatsbeamter“ und „Tscheche“ identisch werden. Daß die Post und Staatsbahnen in Deutschböhmen fast vollständig tschechisiert sind, weiß jeder halbwegs Informierte. Kein Wunder, daß die Aufregung in Deutschböhmen über diese Verhältnisse wächst.

* Die Amerikaner haben wieder einmal die Tapferkeit und ungemaine Kühnheit der Filipinos am eigenen Leibe zu spüren bekommen. Mit knapper Not sind sie in dem Gefecht vom 18. d. M., das in unmittelbarer Nähe von Manila, also ihrem

eigentlichen Hauptquartier, stattand, einer fürchterlichen Niederlage entronnen. Hätten sie nicht die Geschiffe der im Hafen liegenden Kriegsschiffe wirksam unterstützt, dann würden die Filipinos höchstwahrscheinlich sich der Hauptstadt ihres Landes bemächtigt haben. Die Streitmacht der Filipinos war die größte und bestorganisierte, die überhaupt bisher den Amerikanern begegnet ist. — Eine Mitteilung aus Manila besagt, dort verlaute te gerüch teweise, Aguinaldo sei von den Anhängern Lunas ermordet worden. Diese Nachricht aus amerikani scher Quelle verdient ebensowenig Glauben wie die von der Ermordung Lunas, eines der Ueberführer der Filipinos und Rivalen Aguinaldos um den Oberbefehl.

* Washington, 17. Juni. Nach einer Depesche des Generals Otis griffen die Filipinos unter Anführung Aguinaldos (der also doch noch lebt), die Amerikaner bei San Fernando an, wurden jedoch mit sehr schweren Verlusten zurückgeschlagen. Die Amerikaner hatten 14 Vermundete.

* In Kien-ning (in der Provinz Fokien) sind ernste Unruhen gegen die Fremden ausgebrochen. Die Kirche und die Missionsanstalten wurden niedergebrannt. Die Missionare sind nach dem auf dem Wege nach Futschou gelegenen Orte King-twa entkommen.

* Aus Paris. Infolge kritischer Äußerungen des Majors Carriere, des Anklägers vor dem Kriegsgericht in Rennes, wird dieser durch einen anderen Offizier ersetzt. Die Zeichen einer bevorstehenden offenen Auflehnung mehrerer Generale mehrheitlich, sodaß die Lage gefährlich ist, falls kein energisches Kabinett gebildet wird.

* Der Dreyfus-Prozess in Rennes wird am 17. Juli beginnen. Die Mitglieder des Kriegsgerichts sind bereits sämtlich ernannt; Vorsitzender ist der Genteoffizier Jouaust. Die Beistitzer sind ausschließlich Artillerieoffiziere.

* Die Bemühungen Poincares zur Bildung eines neuen Kabinetts sind ergebnislos gewesen, er hat daher seinen Auftrag dem Präsidenten in die Hände zurückgegeben.

* Aus Paris verlaute te, Delcasse wird das Anerbieten Loubets, die Kabinettsbildung zu übernehmen, ablehnen. Walogrosso werde das Anerbieten annehmen und alles aufbieten, mit der Kabinettsbildung zustande zu kommen.

* Die Mehrheit des Unterausschusses für Heer und Flotte auf der Haager Friedenskonferenz hat sich für das Verbot des Gebrauches solcher Explosivstoffe ausgesprochen, welche den Zweck haben, Stridgase zu verbreiten. Ebenso hat die Mehrheit sich für das Verbot der Verwendung von Schiffen mit Sporen ausgesprochen. Die Frage, ob das Geschützkaliber, die Explosivkraft der zur Verwendung gelangenden Pulverforten und die Stärke der Panzer für eine bestimmte Zeit gewissen Einschränkungen unterworfen werden sollen, wurde bis zum Eintreffen endgültiger Instruktionen für die Delegierten bezüglich dieser Frage offen gelassen.

Ver mis ch tes.

§ Bregenz (Bodensee), 17. Juni. Als gestern Nachmittag zu einer heute hier stattfindenden Vereinigung sämtlicher um den Bodensee garnisonierender Offiziere die Oesterreicher hier einrückten, scheute das Pferd eines Postwagens und stürzte in die Volksmenge, wobei sechs Personen schwer verletzt wurden.

§ Kiel, 16. Juni. Eine Feuersbrunst löschte in Boyenberg acht Gebäude, darunter das Schulhaus, ein. — Die Schooner „Marie“ und „Karoline“, welche nach Danemark beziehungsweise Rugland unterwegs waren, sind in dänischen Gewässern bei heftigem Nordoststurm led gesprungen und gestrandet.

§ Görlitz, 17. Juni. Die Moosische Dampfmühle in Troitzschendorf ist nebst Gefindehaus, Dampfwerk, Mehl- und Getreidewoortätzen niedergebrannt. Die Wirtschaftsgebäude blieben vom Feuer verschont.

Bier

Baden 1898,
rönt, offeriert
er.

anhaus
elwalbe.

mit dem

Löwen

nd weiss

en einen

frischen

mpulver

ewebe zersto-

d auf nur che-

ren in Haus-

t.

Löwen

lität. Käuf-

gen- und

Plagwitz.

en!

von 10 Pf. an

20

neuesten

ange kosten-

508.

üneburg.

Mann

pheres in der

alitäten,

und

S.